
TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag

Titel: Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte gesellschaftlich ächten

Beschluss

Auf Antrag des Vorstands (Drucksache I - 05) beschließt der 125. Deutsche Ärztetag 2021:

Gewalt gegen Hilfeleistende, gegen Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal muss gesellschaftlich geächtet werden. Berufsgruppen, von denen erwartet wird, dass sie mit Patientinnen und Patienten eine offene und vertrauensvolle Beziehung aufbauen, werden durch Aggression und Gewalt in besonderer Weise gefährdet. Der 125. Deutsche Ärztetag 2021 fordert deshalb mit allem Nachdruck, Maßnahmen zur Gewaltprävention auszubauen und umfangreiche Kampagnen zu initiieren.

Begründung:

Impfende Ärztinnen und Ärzte erhalten Drohbriefe, werden beschimpft und Opfer körperlicher Gewalt. Mitunter erfordert dies sogar Polizeischutz für Praxisteams. Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen gehört es zunehmend zum beruflichen Alltag, dass ihnen Aggressivität entgegenschlägt - etwa, wenn sie Patientinnen und Patienten darauf hinweisen, die Coronaregeln einzuhalten, oder sie nach ihrem Impfstatus befragen. Die Berichte hierüber werden stetig mehr.

Die Situation ist alarmierend. Die zunehmende verbale und körperliche Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte und anderes medizinisches Personal fördert Unsicherheit und begründet Angst. Das gefährdet die vertrauensvolle Arzt-Patient-Beziehung nachhaltig.

Hilfreich war sicherlich, dass das Strafrecht verschärft wurde und Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte sowie Angehörige anderer Gesundheitsberufe wirkungsvoller sanktioniert werden kann. Auch eine Vielzahl an Beratungs- und Fortbildungsangeboten für Ärztinnen und Ärzte sowie Medizinische Fachangestellte (MFA) bei den Ärztekammern sind gute Ansätze, der Entwicklung entgegenzuwirken; doch das reicht nicht.

Wir brauchen darüber hinaus Kampagnen, die verdeutlichen, dass Ärztinnen und Ärzte allen kranken Menschen nach Schwere ihrer Krankheit und Dringlichkeit der Behandlung helfen wollen. Die zunehmend mit Aggression vorgetragene Anspruchshaltung Einzelner erschwert diese Hilfe ganz erheblich.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Jede ist deshalb gefordert, verbaler oder körperlicher Gewalt in Praxen, in Krankenhäusern oder am Unfallort entgegenzutreten. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheitswesen sind gerade in Zeiten wie diesen wichtiger denn je.